

Aachener Zeitung

MONTAG, 27. JUNI 2022 · 77. JAHRGANG



Deutscher Filmpreis
Albrecht Schuch ist
bester Hauptdarsteller

Kultur



Nachhaltige Mode
Wie umweltfreundlich
ist Bio-Baumwolle?

Service



Vorfroide wächst
Martina Voss-Tecklenburg geht
optimistisch in die EM

Sport

Nummer 146

www.aachener-zeitung.de

1,90 Euro

AACHEN

Dieses Jahr singen in Walheim alle live

Erst begeistert Howard Carpendale in Walheim 2500 Menschen mit Hits wie „Hello again“. Dann überrascht DJ Ötzi am Samstag bis kurz vor Mitternacht nicht nur seine Fans. Alles live. Für den Verein des Freizeitgeländes Walheim ist das dreitägige Musikfestival ein Erfolg. Ein Team aus rund 70 Ehrenamtlichen um Vereinschef Michael Hamacher hat im Akkord geschuftet, um das Event auf die Beine zu stellen. Der Krach mit Vorjahres-Topact Heino ist trotzdem nicht vergessen. **> Seite 15**

WETTER



22° max
Tag
11° min
Nacht

> Bunte Seite

TELEGRAMME

In einigen US-Staaten ist Abtreibung nun verboten

WASHINGTON Nach der umstrittenen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs haben mehrere US-Bundesstaaten sofort weitgehende Abtreibungsverbote in Kraft gesetzt. In Staaten wie Arkansas, Kentucky oder Louisiana sind Schwangerschaftsabbrüche nun nicht mehr erlaubt – auch nicht bei Vergewaltigungen oder Fällen von Inzest. Eine Reihe liberaler Staaten kündigte an, das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche weiter zu schützen. Prominente Republikaner wie Ex-US-Vizepräsident Mike Pence machen sich allerdings dafür stark, Abtreibungen im ganzen Land zu untersagen. In mehreren US-Städten kam es zu Protesten. (dpa) **> Politik**

Vermisster Achtjähriger in Gully entdeckt

OLDENBURG Ein seit acht Tagen vermisster Achtjähriger aus Oldenburg ist lebend in einem Gully gefunden worden. Das teilte die Polizei der niedersächsischen Stadt per Twitter mit. Der geistig behinderte Junge namens Joe war am 17. Juni zuletzt gesehen worden. „Der 8-jährige Joe lebt“, lautete der Tweet am Samstagmorgen. „Er wurde soeben in Oldenburg in einem Gully aufgefunden. Aktuell wird er in ein Krankenhaus gebracht und dort versorgt.“ Die Suche nach dem Kind hielt tagelang nicht nur Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte in Atem. Die Stadtgemeinschaft bangte mit. Viele Freiwillige machten sich organisiert oder einzeln auf die Suche. Firmen und Vereine teilten die Suchaufrufe. (dpa) **> Aus aller Welt**

KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

☎ 0241 5101-701
🕒 Mo.-Fr. 6.30-17 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
✉ kundenservice@medienhausaaachen.de

Zentrale Medienhaus:

☎ 0241 5101-0
🕒 Mo.-Fr. 7.30-17 Uhr
www.aachener-zeitung.de/kontakt



4 194121 101909 1 0026



SOERSER SONNTAG

Viele Farben, viele Zuschauer

Eine bunte Show hat gestern 26.000 Besucher zum traditionell kostenlosen Publikumstag beim CHIO in die Aachener Soers gelockt. Neben einem Gottesdienst gab es außerdem erstmals ein Wettbewerbsspringen des Reitnachwuchses. **> LOKALES**

Geschlossen gegen Russland

Zum Auftakt des G7-Gipfels in Bayern schwören die Regierungschefs der demokratischen Wirtschaftsmächte auf ihre Einheit. Derweil gehen in Kiew Raketen nieder.

ELMAU Die sieben führenden demokratischen Wirtschaftsmächte stellen sich als geschlossene Gemeinschaft dem russischen Präsidenten Wladimir Putin entgegen. „Uns eint der Blick auf die Welt, uns eint auch der Glaube an die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit“, betonte Bundeskanzler Olaf Scholz am Sonntag nach ersten Beratungen auf dem G7-Gipfel im bayerischen Elmau. Alle G7-Staaten seien besorgt über die gegenwärtigen Krisen, sagte der SPD-Politiker. Doch er zeigte sich optimistisch: „Die G7 sind eine gute Gemeinschaft, um gemeinsame Antworten zu entwickeln auf die Herausforderungen unserer Zeit.“ Es sei wichtig, dabei entschlossen und geschlossen zu handeln.

Der Gipfel der sieben führenden demokratischen Industriestaaten auf Schloss Elmau begann am Sonntagmittag und dauert bis Dienstag. Zur G7 gehören neben Deutschland und den USA auch Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Biden ist zum ersten Mal seit seiner Amtsübernahme im Januar 2021 in Deutschland. Die G7-Staaten dürften der Ukraine erneut Unterstützung zusichern, so-

lange sie nötig ist. Konkrete Finanzzusagen werden im Kampf gegen die Hungersnot erwartet, die vor allem in Ostafrika herrscht und sich angesichts steigender Getreidepreise im Zuge des Krieges noch verschärft. Das dürfte am Montag zur Sprache kommen.

Auch die hohen Energiepreise sind Thema in Elmau. Dabei geht es unter anderem um eine internationale Preisobergrenze für russisches Öl. Aus Sicht der EU sind noch nicht alle Details geklärt. Ziel einer Preisobergrenze ist, dass Russland nicht länger von Preisanstiegen auf dem Energiemarkt profitiert und so sei-

nen Angriffskrieg gegen die Ukraine finanzieren kann. Zugleich sollen weitere Preissprünge beim Öl verhindert werden.

Nach Angaben von Biden wollen die G7 zudem ein Importverbot für russisches Gold verkünden. Damit würden Russland Dutzende Milliarden Dollar aus diesem wichtigen Exportgut wegbrechen, erklärte der US-Präsident auf Twitter. Ein hochrangiger US-Regierungsmitarbeiter sagte, damit werde Russland weiter von der Weltwirtschaft isoliert. Gold sei für Russland nach Energie das zweitwichtigste Exportgut. Die Europäische Union werde sich den

Plänen anschließen, deutete EU-Ratspräsident Charles Michel an.

Kurz vor dem Beginn des G7-Gipfels wurde die ukrainische Hauptstadt Kiew von Russland erstmals seit drei Wochen wieder mit Raketen angegriffen. Am frühen Sonntagmorgen gab es mehrere Explosionen. Eine Rakete habe ein neunstöckiges Wohnhaus getroffen, schrieb Anton Heraschtschenko, ein Berater des ukrainischen Innenministers. Nach Angaben von Bürgermeister Vitali Klitschko wurden mindestens vier Menschen verletzt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj forderte erneut mehr Militärhilfe. Er soll am Montag per Video zum Gipfel zugeschaltet werden.

In Garmisch-Partenkirchen protestierten mehrere Hundert Kritiker gegen das G7-Treffen. Zu den zentralen Themen der Kundgebung gehörten die Klimakrise und die Angst vor einer Eskalation des Ukraine-Krieges. Bereits am Samstag gab es in München eine Demo gegen den G7-Gipfel, an der laut Polizei rund 4000 Menschen teilnahmen. Vorab waren deutlich mehr Demonstranten erwartet worden. (dpa)

> Meinung und Hintergrund



Dirigent: Gastgeber und Bundeskanzler Olaf Scholz mit den Vertretern der sieben stärksten demokratischen Wirtschaftsmächte. FOTO: DPA

Bundesregierung will Bleiberecht neu regeln

Familiennachzug wird erleichtert. Gleichzeitig sollen straffällig gewordene Migranten schneller abgeschoben werden.

VON JAN DREBES

BERLIN Der Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Wiese, hat Pläne der Bundesregierung für umfangreiche Änderungen am Bleiberecht verteidigt. „Wir benötigen dringend ein Gesetzespaket, um einerseits zugewanderte Menschen, die sich integrieren und hier arbeiten wollen, besser im Land halten zu können. Und andererseits wollen wir Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, sich hier aber nicht an die Regeln halten und Straftaten begehen, leichter abschieben können“, sagte Wiese unserer Redaktion.

Zuvor waren Pläne von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bekannt geworden, die unter anderem den Familiennachzug zu Fach-

kräften nach Deutschland erleichtern will. Außerdem sehen mehrere Gesetzesentwürfe, deren Eckpunkte unserer Redaktion vorliegen, die Umsetzung des im Koalitionsvertrag versprochenen Chancen-Bleiberechts vor. Ausländer, die am 1. Januar 2022 bereits seit fünf Jahren in Deutschland lebten und nur geduldet sind, sollen für ein Jahr einen Aufenthaltsstatus erhalten, um in der Zeit möglichst die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen. Zudem plant die Koalition, die Hürden für das dauerhafte Bleiberecht abzusenken. Und zwar schon bald.

„In dieser Woche wird sich das Bundeskabinett im Rahmen des Pakets unter anderem mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht befassen. Damit sollen Menschen aus soge-

nannten Kettenduldungen schneller herauskommen“, sagte SPD-Fraktionsvize Wiese. „Wir können es uns angesichts des Fachkräftemangels nicht länger leisten, gut ausgebildeten Menschen keine Bleibeperspektive zu bieten. Sie sollen künftig ein Jahr lang eine feste Aufenthaltsgenehmigung bekommen und haben in der Zeit die Chance, alle Voraussetzungen für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu erfüllen.“ Schaffen sie es nicht, fallen sie zurück in den Status der Geduldeten. „Straftäter oder Menschen, die hartnäckig keine Anga-

ben zu ihrer Identität machen, sind davon ausgenommen“, sagte Wiese. Wichtig sei außerdem, dass man Menschen, die ein Aufenthaltsrecht hätten, mehr Zeit für die Suche von Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen gebe. „Deswegen werden sämtliche Fristen dabei gestrichen“, sagte Wiese. Offiziellen Angaben zufolge leben etwa 105.000 abgelehnte, aber geduldete Asylbewerber seit mindestens fünf Jahren in Deutschland.

Wiese verteidigte die Pläne der Regierung gegen Kritik. „Wir sollten tunlichst jede Vermischung von

Hilfe aus dem Ausland gegen das Flughafen-Chaos

BERLIN Das Chaos auf deutschen Flughäfen ist ein „heftiges Ärgernis“, wie Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke (Grüne) sagt – die Regierung will daher die Einreise von Hunderten ausländischen Hilfskräften ermöglichen. Die Lufthansa, rechnet erst im kommenden Jahr wieder mit einer Normalisierung des Flugbetriebs. Fluggesellschaften und Flughäfen machen vor allem Personalmangel zu schaffen. In der Corona-Pandemie waren viele Stellen gestrichen worden. Akut fehlen derzeit an deutschen Flughäfen rund 7200 Fachkräfte. (afp) **> Region**

Basis bringt Schwarz-Grün auf den Weg

BONN/BIELEFELD Das Land Nordrhein-Westfalen bekommt erstmals eine schwarz-grüne Regierung: Die Basis beider Parteien billigte das Bündnis am Wochenende mit jeweils starken Voten. Nachdem die Landesparteitage am Samstag in Bonn und Bielefeld klar Ja zum ausgehandelten Koalitionsvertrag sagten, steht der Wiederwahl von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) am Dienstag im Landtag nichts mehr im Weg, da CDU und Grüne über eine komfortable Mehrheit verfügen. (dpa) **> Politik**

Polizei beobachtet Bedrohung durch Extremisten

BERLIN Die Polizei hat rechte Gefährder auf dem Schirm. Auch in der linksextremistischen Szene nimmt die Zahl der Menschen, denen die Sicherheitsbehörden schwere politisch motivierte Straftaten zutraut, zu. Mit 531 sogenannten Gefährdern stellen die Islamisten trotz sinkender Tendenz die deutlich größte Gruppe. Laut Bundesregierung zählte die Polizei Anfang Juni insgesamt 81 rechtsextremistische Gefährder. Das ist ein Anstieg um rund 17 Prozent im Vergleich zum Juni 2021. Bei den Linksextremisten zählen die Behörden derzeit zwölf Gefährder. (dpa)

„Wir können es uns angesichts des Fachkräftemangels nicht länger leisten, gut ausgebildeten Menschen keine Bleibeperspektive zu bieten.“

SPD-Bundestagsfraktionsvize Dirk Wiese